

Deutsch-französische Achse nach Osten erweitern

Appell an Merkel und Macron / Europas Verteidigung und EU-Parlament stärken / Erzbischof Zollitsch warnt vor Nationalismus und Vertreibung

14. 5. 2017

Neustadt an der Weinstraße. Unter dem Motto „Mut zu Europa – endlich handeln!“ befaßten sich die 43. Paneuropa-Tage der Paneuropa-Union Deutschland im pfälzischen Neustadt mit den neuen Chancen, die sich der europäischen Einigung nach den französischen Präsidentenwahlen bieten. Beim Duell von Emmanuel Macron gegen Marine Le Pen hat sich nach Ansicht des deutschen Paneuropa-Präsidenten Bernd Posselt europäischer Geist gegen nationalistischen Ungeist durchgesetzt. Die wiederbelebte deutsch-französische Achse müsse aber aktiv und auf Augenhöhe die Zusammenarbeit mit den kleineren Staaten suchen, insbesondere denen in Mittel- und Osteuropa, sowie die supranationalen demokratischen Institutionen wieder zum Hauptträger der Europapolitik machen, weil bloße Regierungszusammenarbeit in einer Gemeinschaft der 27 nicht funktioniere. Berlin und Paris rief Posselt dazu auf, eine Reihe konkreter Initiativen vorzuschlagen: „Wir brauchen eine Europäische Verteidigungsunion, eine Europäische Armee für internationale Friedensmissionen, eine gemeinsame europäische Südosteuropa-Politik, die die Völker dort als europäische Partner behandelt und nicht durch Lügen, Phrasen sowie einseitige ideologische Interventionen verprellt, und die Erweiterung des Schnellbahnnetzes von Paris über Straßburg nach Süddeutschland in Richtung Warschau, Prag, Budapest und Zagreb.“ Ein hochmodernes kontinentales Eisenbahnsystem würde es überflüssig machen, „innerhalb Europas stinkend hin und her zu fliegen.“

Für den Kampf gegen den Nationalpopulismus müßten, so Posselt bei der Hauptkundgebung, diejenigen „als Falschspieler entlarvt“ werden, die behaupteten, sie seien zwar für Europa, aber nicht für die EU: „Wird diese nicht stark und souverän, wird es nicht nur keine EU geben, sondern auch kein Europa und schließlich keine Europäer mehr“. Die europäische Kultur, die im Christentum und in der Antike wurzle, sei nicht nur älter als die Nationalstaaten, sondern unverzichtbare Grundlage des politischen und wirtschaftlichen Europa der Zukunft. Ein Europa, das seine Wurzeln abschneidet, sei zu Scheitern verurteilt: „Deshalb ist die Paneuropa-Union mit Leidenschaft für den Sitz des Europäischen Parlamentes in Straßburg.“ Die Stadt, aus deren Kathedrale die Fahne mit dem Sternenkranz stamme, biete die Symbole und den Narrativ, ohne die Europa das Herz fehle.

An Angela Merkel und Emmanuel Macron gewandt warnte Posselt vor einer Zersplitterung der europäischen Institutionen: „Wir brauchen eine Stärkung des Europaparlamentes und der von ihm gewählten EU-Kommission, und nicht ein eigenes Eurozonen-Parlament mit einem außerhalb der Kommission angesiedelten europäischen Finanzminister.“ Ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten sei als Zwischenschritt sinnvoll, nicht aber als Dauerlösung.

Der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Parlamentes Libor Rouček von den tschechischen Sozialdemokraten führte den „Brexit“ genannten bevorstehenden EU-Austritt Großbritanniens auf die tägliche Hetze der euroskeptischen Murdoch-Presse im Vereinigten Königreich zurück. Die Europäer insgesamt hätten in den letzten Jahren zu wenig Mut zum Handeln bewiesen und stattdessen ständig von Krisen geredet. Die Ursachen für diese Krisen lägen jedoch nicht bei den europäischen Institutionen. So sei die Finanzkrise entstanden, weil man die globalen Märkte zu wenig reguliert habe; Griechenland habe sich verschuldet und nicht an seine vertraglichen Verpflichtungen gehalten; und die Gründe für die Flüchtlingskrise lägen im Nahen und mittleren Osten und Nordafrika. Durch all diese Entwicklungen seien,

so Rouček, „wir Europäer in eine tiefe Defensive geraten, die Nationalisten und Euroskeptiker ausgenutzt haben.“ Eine in Frieden und Freiheit geborene Jugend halte diese Errungenschaften für selbstverständlich und fühle sich von Brüssel nur beschränkt und gegängelt.

Von Emmanuel Macron könne man lernen, wie sich Wahlen mit mutigem Europäertum und der Entschlossenheit zu Reformen gewinnen ließen. Er habe „seinen Bürgern ganz klar gesagt, daß er das Steuersystem, das Budget und den Arbeitsmarkt grundlegend erneuern will – und das in einem Wahlkampf unter der europäischen Fahne!“ Der tschechischen Regierung warf Rouček europapolitische Unentschlossenheit vor, obwohl sie über erstklassige Wirtschaftsdaten verfüge und die Tschechische Republik durchaus nach dem Beispiel der Slowakei dem Euro beitreten könne. Er sprach sich für eine gemeinsame europäische Verteidigung sowie für eine offensive Balkanpolitik aus, die den Völkern dort eine realistische Zukunftsperspektive gebe. Vorrangig sei in allen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in den ehemals kommunistisch beherrschten, die Vertiefung der politischen Bildung.

Der internationale Präsident der Paneuropa-Union, Alain Terrenoire aus Paris, unterstrich, daß Europäer zu sein in keinem Mitgliedstaat der EU das Nationalgefühl aufgehoben habe. Richtig verstanden gehöre beides untrennbar zusammen. Als er 1941 geboren worden sei, habe sein Vater Louis Terrenoire gerade das Widerstandsnetz der französischen Résistance gegen den Nationalsozialismus aufgezogen. Aus der KZ-Haft in Dachau nach Frankreich zurückgekehrt, habe er als christlich orientierter Abgeordneter und Gaullist Jahrzehnte seines Lebens der deutsch-französischen Freundschaft gewidmet. Als erster Vorsitzender der Paneuropa-Union Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg sei er von der Nationalversammlung zum Berichterstatter für den deutsch-französischen Elysée-Vertrag gewählt worden. „Ich setze sein Werk fort und diene ihm mit dem gleichen Engagement.“ Bei einem Empfang des zweiten deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke für junge politische Führungskräfte habe er eine bezaubernde Dolmetscherin kennengelernt, eine Heimatvertriebene aus Schlesien, und sie eineinhalb Jahre später geheiratet: „Sie war Mitbegründerin des Deutsch-Französischen Jugendwerkes und hat dort fünf Jahre gearbeitet.“

Heute sei es für die Paneuropäer an der Zeit, „daß wir uns an die Spitze der europäischen Renaissance setzen.“ Die Welt brauche ein starkes Europa, „denn wir müssen sie sehen, wie sie ist, und nicht, wie wir sie erträumen. Uns gefährden Islamismus, revanchistische Stalinismen in Moskau, die wachsende Autokratie in Ankara und Risiken der isolationalistischen Absetzbewegungen in Washington“. Eine neue europäische Verteidigungsstruktur aufzubauen bedeute zwar nicht, sofort die NATO zu verlassen, sei aber auf Dauer eine politische Lebensfrage. Terrenoire plädierte dafür, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abubrechen, aber die mit den Staaten Südosteuropas zügig fortzusetzen.

Zu Beginn der Hauptkundgebung, die die Egerländer Familienmusik Hess ebenso umrahmte wie zuvor die festliche Eröffnung, betonte der Bundesvorsitzende der Paneuropa-Jugend Deutschland, Franziskus Posselt, daß sich nach den französischen Präsidentenwahlen entscheiden müsse, wie Europäische Einigung sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterentwickeln solle. Entsprechend der Erklärung von Robert Schuman vom 9. Mai 1950 sei der Friede der Welt nicht zu erreichen „ohne Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“ Europa lasse sich nicht mit einem Schlag herstellen, sondern durch Tatsachen, die Solidarität schaffen: „Das muß jetzt geschehen und nicht irgendwann, damit Europa in eine gute Zukunft starten kann.“

Die Europaabgeordnete von Pfalz und Rheinhessen, Birgit Collin-Langen, wies in ihrem Grußwort darauf hin, daß von 444 Kilometern deutsch-französischer Grenze 108 in ihrem Wahlkreis lägen. Entsprechend groß sei ihre Dankbarkeit für den Ausgang der französischen Wahl gewesen, aber ähnliche Gefahren drohten etwa auch bei der österreichischen Nationalratswahl. „Wir müssen uns damit befassen und die Krise offen benennen. Vielleicht haben wir zu sehr auf Details geschaut und zu wenig die Werte gelebt, die Europa repräsentieren.“ Das europäische Friedenswerk sei keineswegs überholt, sondern auch für die nächsten Generationen entscheidend. Nach

dem Krieg seien zur gleichen Zeit Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und Winston Churchill aufgestanden, um Europa ein Gesicht zu geben und einen Neuanfang zu setzen. Heute bringe „Pulse of Europe“ bürgerliche Mehrheiten auf die Straße. Auch das Weißbuch von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sei hilfreich, um offen darüber zu sprechen, wie die Zukunft der EU sein könne, und nicht nur zu kritisieren. Der jetzt aus dem Amt geschiedene Bundespräsident Joachim Gauck habe für Europa mehr Mut gefordert: Europa brauche „nicht Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter.“ Solche Bannerträger und Gestalter seien die Paneuropäer.

Bürgermeister Ingo Rößlingshöfer freute sich über die Gäste aus 17 Nationen, die ihn an die Menschenmengen erinnerten, die zum Hambacher Fest im Mai 1832 nach Neustadt gekommen seien. Dies sei kein bloßes Event gewesen, die Teilnehmer hätten für demokratische Werke gegläht und seien bereit gewesen seien, dafür ins Gefängnis zu gehen. Erstmals in der Geschichte hätten auch Frauen Vereine gegründet, um die Familien der Eingesperrten zu unterstützen. Damals seien auch Demokraten aus Polen und Frankreich dabei gewesen, und in Reaktion auf die Ergebnisse des Wiener Kongresses habe sich durchaus europäisches Gedankengut herauskristallisiert, das bis heute fortwirke. Im Gegensatz dazu habe er unlängst ausgerechnet von einem Theologen gehört, man müsse sich endlich von Werten verabschieden, die Zukunft gehöre einem Europa der Interessen. Er habe aber gelernt und seine Kinder gelehrt, sich in der Familie an gemeinsamen Werten zu orientieren, „die man lebt und damit ein Fundament schafft, damit auch in schweren Zeiten der Wertekonsens erhalten bleibt. Das kann in der europäischen Familie nicht anders sein.“ Die Werthaltigkeit des Konstrukts EU dürfe nicht zur Disposition gestellt werden.

Die anschließende Podiumsdiskussion widmete sich vornehmlich der Richtungsentscheidung Frankreichs vor rund einer Woche. Der stellvertretende Bundesvorsitzenden der Paneuropa-Jugend Christian Hoferer, seit Jahren ein begeisterter Förderer deutsch-französischer Freundschaft und Kooperation, formulierte als Moderator Gedanken zur Herausforderung europafreundlicher Kräfte durch destruktive Zeitgeisttendenzen. Der Bundestagsabgeordnete Norbert Schindler aus dem pfälzischen Bobenheim am Berg erkennt in den gegenwärtigen Erfolgen nationalistischer Parteien einen Hinweis auf eine zunehmende soziale Spaltung europäischer Gesellschaften. Zahlreiche Bürger fühlten sich von Vertretern der etablierten Politik offenbar in viel stärkerem Maße als früher „nicht mitgenommen“, so der Landwirt und profilierte Agrarpolitiker. Ein Hauptaugenmerk sei in diesem Zusammenhang etwa auf den Bereich der Finanzmärkte zu richten, in dem es aufgrund mangelnder supranationaler Regulierung insbesondere ab der Jahrtausendwende zu besorgniserregenden Entwicklungen gekommen sei. Der Grundfrage „Was läuft falsch mit der Globalisierung?“ müsse man sich nun dringend stellen.

Der Unternehmer und Europa-Föderalist Prinz Wolfgang von Bayern, von Diskussionsleiter Hoferer als „begeisterter Münchner“ vorgestellt, warb demgegenüber engagiert für ein offensives Bekenntnis zu den Grundsätzen freier Marktwirtschaft. Er verwies darauf, daß Demagogen vom linken wie vom rechten Rand des parteipolitischen Spektrums nicht nur ihre Nationalstaatsfixiertheit und ihre EU-Feindlichkeit gemeinsam sei, sondern auch eine protektionistische und dirigistische Stoßrichtung. Daß in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen der Linksaußen-Kandidat Jean-Luc Melenchon und die Rechtsextremistin Le Pen zusammen deutlich über fünfzig Prozent erreicht hätten, sei ein besorgniserregendes Zeichen für den gesamten Kontinent. Auch in Deutschland müßten heute wirtschaftsliberale Grundsätze gegen Tendenzen in Richtung eines „alles bestimmenden Staates“ verteidigt werden. Den Wahlsieger Macron halte er für sensibel gegenüber den Bedürfnissen von Unternehmern.

Der jeweilige professionelle Hintergrund bestimmte den Fokus der Diskussionsbeiträge des Koordinators des Deutsch-Französischen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit, Dirk Herzbach, und von General Gerald Funke, Unterabteilungsleiter Planung I im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn. Letzterer würdigte die bereits gegebenen Elemente deutsch-französischen Handelns

als Nukleus einer gemeineuropäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, so etwa konkret die bereits 1989 geschaffene Deutsch-Französische Brigade, benannte jedoch auch die Grenzen heutiger Möglichkeiten. Mit der Aussicht auf eine durch Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel initiierte proeuropäische Offensive verbindet er die Hoffnung, daß bestehenden „Pflänzchen“ neue Vitalität verliehen werden könnte. Vielfach liege es gegenwärtig an der Politik, vorzugeben, welche Richtung eingeschlagen werden solle. Während bei der bis 2014 amtierenden Außenbeauftragten der Europäischen Kommission, Lady Ashton, diesbezüglich eher wenig Profil erkennbar gewesen sei, seien seit der Amtsübernahme ihrer Nachfolgerin Federica Mogherini vielversprechende Entwicklungen zu konstatieren. Konkret verwies Funke an dieser Stelle auf Aspekte der 2016 vorgestellten umfassenden EU-Globalstrategie.

Der Fachmann für grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit Herzbach, zugleich französischer und deutscher Staatsbürger, kritisierte, daß seine Kollegen aufgrund verschiedener nationaler Hindernisse die heutigen Rechtsgrundlagen nicht ausschöpfen könnten. So sei es beispielsweise ein unhaltbarer Zustand, wenn es nur als Ergebnis zählen Ringens möglich sei, den Partnern jenseits der Grenze bei nächtlichen Suchaktionen eigene Hubschrauber zur Verfügung zu stellen. Unzweideutig wandte sich Herzbach gegen die Idee, Kontrollen an europäischen Binnengrenzen dauerhaft zu etablieren. Auch wenn sie punktuell und vorübergehend zu Erfolgen bei der Kriminalitätsbekämpfung führen könnten, zögen sie letztlich nur personelle Überlastungen und endlose Staus nach sich. Deshalb müsse die aktuelle Situation in absehbarer Zukunft ein Ende finden.

Lars Vrignon, der als Vertreter der französischen Paneuropa-Jugend an der Diskussion teilnahm, betonte die durch die Auseinandersetzungen im Wahlkampf besonders starke Polarisierung der französischen Gesellschaft. Gleichzeitig warnte er vor übersteigerten Erwartungen an Emmanuel Macron und wies darauf hin, daß mit den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni eine wichtige, auch für die Reformpläne des zukünftigen Präsidenten fundamentale Weichenstellung noch aussteht.

Bei der festlichen Eröffnung der Paneuropa-Tage machte Prof. Pavo Barišić, Wissenschafts- und Bildungsminister von Kroatien, deutlich, daß sich dieser jüngste EU-Mitgliedstaat als Motor und keinesfalls als Bremser der politischen Einigung Europas empfindet. Unter Bezugnahme auf den antiken Historiker Polybios wies der anerkannte Staatsphilosoph Barišić, zugleich internationaler Generalsekretär der Paneuropa-Union, darauf hin, daß dieser schon im 2. Jahrhundert vor Christus zwei grundlegende Ursachen für die Entartung guter Verfassungen zu schlechten definiert habe: Das Mehr-haben-Wollen und die Herrschsucht. Bezeichnenderweise gehe der Wandlungsprozeß von einer erfolgreichen zu einer mißratenen Staatsform in der Regel vor sich, wenn eine Generation die Freiheit und die Prinzipien, für die ihre Väter gekämpft hätten, vergesse. Deshalb sei es für die EU lebenswichtig, sich auf ihre friedensstiftenden, freiheitlichen, christlichen und historisch-kulturellen Wurzeln zu besinnen. Barišić überbrachte die Grüße des neuen kroatischen Premierministers Andrej Plenković sowie seines Vizepremiers und Außenministers Davor Stier, die beide zum engeren Führungskreis der Paneuropa-Union gehörten und entschlossen seien, den Integrationsprozeß des Kontinents weiter voranzutreiben. Der kroatische Minister dankte der Paneuropa-Union Deutschland und ihrem Präsidenten Bernd Posselt für die Schlüsselrolle, die sie bei der Aufnahme Kroatiens in die EU gespielt hätten, und für die Klarheit, mit der sie jetzt auch die Stabilisierung jener südosteuropäischen Länder förderten, die noch nicht EU-Mitglied sind.

Viel Beifall erhielt der Präsident der neu gegründeten Paneuropa-Union Ukraine, der Professor an der Diplomatenakademie in Kiew Ihor Zhaloba, für seine scharfsichtige Analyse der weltpolitischen Entwicklung. Er schilderte die destabilisierende Wirkung, die von gewissen Putin-Verstehern in der EU und in den USA für sein Land ausgehe. Gleichzeitig führe Rußland nach wie vor Krieg in der Ostukraine. Heftig kritisierte der Wissenschaftler die von Nationalpopulisten angezettelte Volksabstimmung in den Niederlanden, die bis auf weiteres das In-Kraft-Treten des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Ukraine blockiert. Zhaloba verwies nicht ohne Stolz auf die wachsende Rolle der Zivilgesellschaft in der einstigen

Sowjetrepublik. Der Zusammenhalt der ukrainischen Bürger habe die Freiheitsbewegung auf dem Maidan möglich gemacht und erziele Zug um Zug Fortschritte beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, obwohl die äußeren Bedingungen sehr ungünstig seien. Allein im letzten Jahr sei der Lustrationsprozeß in der Verwaltung mit dem Ziel der Zerschlagung korrupter und alter geheimdienstlicher Strukturen in Gang gekommen sowie das Beamten- und Polizeiwesen neu aufgebaut worden. Von zentraler Bedeutung seien auch die Reform der Hochschulbildung und der Rundfunklandschaft im Sinne einer größeren Medienvielfalt. Dadurch werde die Ukraine trotz fortbestehender großer Probleme mehr und mehr zu einem Beispiel erfolgreicher Implementierung der europäischen Werte in den griechisch-orientalischen Ländern Mitteleuropas, zu denen auch die EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien zählten. Der ukrainische Paneuropäer betonte, daß sein Land ein untrennbarer Teil Europas sei und seinen Beitrag zur Einigung unseres Kontinents leisten wolle: „Europa darf sich nicht wieder hinter nationalen Grenzen verstecken.“

Der 50. Todestag des ersten deutschen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, im April gab den Anlaß zur dritten großen Festrede. Paneuropa-Präsidiumsmitglied Benedikt Praxenthaler, ein Historiker, der sechs Jahre lang in der Adenauer-Gedenkstätte in Rhöndorf gewirkt hat, kritisierte, daß dieser bedeutendste europäische Staatsmann der Nachkriegszeit von der Forschung bislang viel zu sehr national und nicht europäisch betrachtet werde. Dabei habe Adenauer, der sich schon 1926 der Paneuropa-Union anschloß, seit frühester Jugend mit bemerkenswerter Klarheit die Schaffung von so etwas wie den Vereinigten Staaten von Europa im Auge gehabt. Gemeinsam mit anderen christlichen Gründervätern wie Robert Schuman in Frankreich und Alcide de Gasperi in Italien habe er „der realpolitisch gespeisten Vision vom Einigungsprozeß auch eine Seele gegeben.“ Einerseits sei Adenauer ein sehr nüchterner Pragmatiker gewesen, andererseits habe er Politik stets so definiert, daß es dabei darum gehe, „das auf ethischer Grundlage als richtig Erkannte zu verwirklichen“. Praxenthaler legte zur Überraschung der Gäste aus ganz Europa dar, daß Adenauer schon in den Gründerjahren der Bundesrepublik davon gesprochen habe, daß die Ukraine eines Tages Mitglied des geeinten Europa werden sollte. Über die totalitäre Bedrohung Europas durch die Sowjetunion habe sich Adenauer niemals Illusionen gemacht.

Den Festreden waren drei ganz besondere Grußworte vorausgegangen. EU-Kommissar Günther Oettinger schickte eine Videobotschaft, in der er an die deutsche und französische Politik appellierte, den Wahlsieg Emmanuel Macrons für einen großen Sprung im europäischen Einigungsprozeß zu nutzen. Dabei müsse Deutschland im eigenen Interesse vernünftige Kompromisse schließen und nicht den Eindruck erwecken, als könne man die europäische Politik von Berlin aus kommandieren. Der Paneuropa-Union Deutschland bekundete der Kommissar, der regelmäßig Gast von Paneuropa-Kongressen ist, seinen Dank für ihre Beiträge zur Schaffung einer engeren politischen Gemeinschaft in Europa.

Von China aus, wo ihn Visumsprobleme festhielten, schickte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Paneuropa-Jugend Deutschland Johannes Volkmann ein schriftliches Grußwort, das seine Amtskollegin Elena Luckhardt verlas. Er zeichnete ein eindrucksvolles Bild von der Riesenhaftigkeit Chinas mit seinen Menschenmassen und seiner dynamischen Wirtschaft. Der Regierungschef eines mittelgroßen europäischen Landes wäre in Schanghai oder Peking bestenfalls der Oberbürgermeister eines Stadtteils. Die Chinesen sähen in Europa ein Museum mit romantischen Städten und intakter Natur, aber wenig Zukunftstechnologie. Wenn Europa sich die Achtung Chinas und anderer aufstrebender Schwellenländer erhalten wolle, müsse es die eingespielte Rollenverteilung zwischen Anti- und Proeuropäern aufbrechen. Nicht der Stärke Souveränität und Identität seines Landes, der Europa verhindern wolle und es damit dem Einfluß dritter Mächte ausliefere, sondern der, der ihm zur Handlungsfreiheit auch die Handlungsfähigkeit verschaffe, die nur die europäische Ebene biete.

Werner Euskirchen als Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Rheinland-Pfalz entführte die Anwesenden als „Kurier des Herzogs von Zweibrücken“ in die vom Haus Wittelsbach – das durch Prinz Wolfgang von Bayern bei den Paneuropa-Tagen vertreten war – geprägte Kulturgeschichte der Pfalz. In einem rhetorischen Feuerwerk

lud er für den nächsten Tag in seine engere Heimat, das alte pfälzische Herzogtum Zweibrücken ein, das Könige von Schweden und schließlich das bayerische Herrscherhaus gestellt sowie dem polnischen König Stanisław Leszczyński Zuflucht geboten habe: „Er ging bei uns in die Lehre, seine Tochter wurde durch uns Königin von Frankreich und er selbst Herzog von Lothringen.“ Von der Ukraine über Polen, Deutschland und Frankreich, „also in einem erweiterten Weimarer Dreieck“, wie die strategische Zusammenarbeit zwischen Berlin, Paris und Warschau genannt wird, erstreckte sich nun die von der Paneuropa-Union Rheinland-Pfalz mit grenzüberschreitenden Aktivitäten intensiv bespielte „Paneuropa-Route König Stanisław Leszczyński“, die auf historisch-kultureller Grundlage die Jugend der beteiligten Länder zusammenführe. „Wir haben endlich die Chance, daß wir friedlich zusammenleben dürfen. Kämpfen wir darum!“

Durchs Programm der festlichen Eröffnung führte Paneuropa-Bundesgeschäftsführer Johannes Kijas.

Höhepunkt einer von Werner Euskirchen gestalteten Busfahrt von Neustadt an der Weinstraße ins Zweibrücker Land waren die Übergabe der „Flamme des Heiligen Bonifatius“, des in Fulda beigesetzten Apostels der Deutschen, an seinen einstigen Weggefährten, den Heiligen Pirminius, in der neben dessen Grab errichteten katholischen Kirche von Hornbach mit seinem mittelalterlichen Kloster. Nach einem Empfang im Hornbacher Rathaus ging es auf den Spuren Stanisław Leszczyńskis und der Wittelsbacher ins ehemalige Residenzschloß von Zweibrücken, zu dessen nach türkischem Vorbild gestalteter Fasanerie und in die Zweibrücker Alexanderkirche, wo die Ahnen des späteren bayerischen Königshauses jahrhundertlang beigesetzt wurden. Die Historikerin Charlotte Glück erläuterte in Gegenwart von Prinz Wolfgang von Bayern die geschichtlichen Zusammenhänge, Dekan Peter Butz hielt an diesem Zentralort der Reformation, deren 500. Jahrestag zur Zeit weltweit begangen wird, eine evangelische Andacht. Nach einem fröhlichen Abend im bayerischen Biergarten reisten die Gäste aus 17 Nationen zurück nach Neustadt, wo Erzbischof Robert Zollitsch aus Freiburg am Sonntag Vormittag in der Marienkirche einen abschließenden Festgottesdienst zelebrierte.

In seiner Predigt rief Erzbischof Robert Zollitsch aus: „Wer in die Zukunft schaut und die Geschichte kennt, kann nichts anderes als ein überzeugter Europäer sein.“ Unter Bezugnahme auf die Lesung betonte er, die Apostel hätten dort das Problem, daß eine Gruppe, die griechischsprachige Diaspora, sich benachteiligt gefühlt habe, nicht dadurch gelöst, sich von ihnen zu trennen, sondern durch die Einsetzung der ersten Diakone „eine Struktur geschaffen, die gemeinsam trägt und nicht auseinander-, sondern zusammenführt“. So habe auch der Gründer der Paneuropa-Union, Richard Coudenhove-Kalergi vor 95 Jahren den Blick nicht auf die unheilvolle Vergangenheit des Ersten Weltkrieges gerichtet, sondern mit Hoffnung auf eine neue Zukunft seine Vision von Pan-Europa, einem gemeinsamen Europa entwickelt – eine Initialzündung, die bis heute Menschen befeuert. Impulse zur Trennung wie „America first“ oder „Frankreich allein“ versuchten zur Zeit „Millionen Wähler in eine Scheinwelt zu verführen“. Um der Menschen willen müsse man „für Europa eintreten und ihm eine Frischzellenkur aus unseren zentralen christlichen Werten“ verpassen. Zum Christentum gehöre immer auch der Andere, der nach Gottes Bild geschaffen und ebenfalls auf Gemeinschaft angewiesen sei, und der Aspekt des Dienens. „Gott hat unserem Kontinent verschiedene Völker und Nationen geschenkt, die einen Reichtum darstellen in der Verschiedenheit, die zur Chance werden will.“ „Als Donauschwabe, der dem Morden Titos entkam“, habe er in Deutschland hautnah erlebt, wie – unter dem Einfluß von Christen wie Robert Schuman und Konrad Adenauer – die Grenzen zu Frankreich verschwanden, Brücken gebaut wurden und Erbfeinde Freunde wurden. In diesem Geist pflege er heute Kontakte mit Serbien und vielen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

Paneuropa-Pressbüro im Achat Hotel

Exterstr. 2, 67433 Neustadt an der Weinstraße

Tel. 0151/10232258, Fax 03222/3788728, E-Mail paneuropa-union@t-online.de

*Paneuropa-Union Deutschland, Dachauer Str. 17, 80335 München
Tel. 089/554683, Fax 089/594768, paneuropa-union@t-online.de*